

Stellungnahme des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung zum Europäischen Lieferkettengesetz (CSDDD)

Berlin, den 26. Februar 2024

Der Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung (SFB) spricht sich für eine Verabschiedung der CSDDD noch unter der aktuellen Ratspräsidentschaft aus. Er schließt sich damit den Forderungen vieler Unternehmen und zivilgesellschaftlicher Akteure an und sieht die CSDDD eingebettet in den Anspruch Europas, zu einem Vorreiter verantwortlicher und erfolgreicher Unternehmen zu werden. Das Gesetz ist eine Gelegenheit zu zeigen, dass Europa seine Werte nicht nur verteidigt, sondern auch lebt.

Dafür sprechen aus Sicht des Gremiums im Wesentlichen folgende Punkte:

1. **Level Playing Field:** Einheitliche europäische Regelungen schaffen ein Level Playing Field für Unternehmen. Unternehmen müssen sich nur auf eine Gesetzgebung einstellen und nicht auf verschiedene, national unterschiedliche Lieferkettengesetze. Dies kann auch über vereinfachte Berichtspflichten für Unternehmen erreicht werden, die politisch mehrheitsfähig sind und damit Planungssicherheit erhöhen.
2. **Eigenverantwortung für Unternehmen innerhalb eines robusten gesetzlichen Rahmens stärken:** Die CSDDD orientiert sich im Kern an den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGP). Diese betonen die Verantwortung der Staaten, die Menschenrechte zu schützen und zeigen die Verantwortung von Unternehmen dafür auf, die Menschenrechte zu respektieren. Verantwortungsvolles Handeln durch Unternehmen kann nur begrenzt konkret vorgeschrieben sein, sondern muss im unternehmensspezifischen Kontext entwickelt und gelebt werden. Dafür setzen die UNGP einen guten Rahmen.

Wir erkennen die Notwendigkeit an, Unternehmen keine ineffizienten, administrativen Pflichten aufzuerlegen bzw. die bestehenden sinnvoll zu reduzieren, sehen jedoch in der regulatorischen Umsetzung der UNGP durch die CSDDD die Möglichkeit, Unternehmen dazu zu verpflichten, Sorgfaltspflichten für Menschenrechtsrisiken in ihrem Verantwortungsbereich umzusetzen.

3. **Transparenz entlang bestehender Rahmenwerke stärken:** Schon heute bietet die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) Datenpunkte, entlang derer Unternehmen zu ihren Wertschöpfungsketten berichten. Solche standardisierten, prüfbar und vergleichbaren Datensätze ermöglichen es, Risiken aus Wertschöpfungsketten einheitlich zu identifizieren - auch wenn zurzeit noch Herausforderungen im Bereich des Monitorings der gesamten Wertschöpfungskette bestehen.

4. **Wettbewerb erhöhen – Märkte erschaffen:** Aus Transparenz entsteht Vergleichbarkeit. Mit einheitlichen Datensätzen zu Lieferketten und Transformationspfaden werden Risiken transparent und vergleichbar und können von den Finanzmärkten angemessen berücksichtigt werden. Unternehmen treten so in einen konstruktiven Leistungswettbewerb, Vorreiter werden belohnt, ohne dass Rechtsunsicherheit durch breite Haftungsregelungen den Gesamterfolg aufs Spiel setzen. Neue, effizient gestaltete Berichts- und Sorgfaltspflichten bilden die Grundlage für eine dynamisch ansteigende Transformationsfinanzierung für die deutsche und europäische Wirtschaft und helfen dem Finanzsektor, einer Involvierung in kontroverse Wertschöpfungsketten vorzubeugen.

Aus den vorgenannten Gründen befürworten wir ein europäisches Lieferkettengesetz.

Berlin, den 26.02.2024

Kontakt: SFB-Geschaeftsstelle@bmf.bund.de

Tel.: +49 3018 682 3069

V.i.S.d.P.: Silke Stremlau, Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung

Der Sustainable Finance-Beirat

Der Sustainable Finance-Beirat berät die Bundesregierung zu Nachhaltigkeitsaspekten im Finanzsystem. Bestehend aus 34 Expertinnen und Experten aus Finanzwirtschaft, Realwirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft und unterstützt von 19 beobachtenden Organisationen agiert er dabei unabhängig. Er unterstützt die Bundesregierung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Sustainable Finance Strategie und berät relevante Akteure hinsichtlich ihrer Positionierung zu sowie der Umsetzung und Weiterentwicklung von Vorgaben im Bereich Sustainable Finance.